



## Stimmen Afrikas

**WELTSOZIALFORUM** Sie berichten von Landraub, diskutieren den Kampf um Rohstoffe und Politiker, die sich selbst bereichern, anstatt in Bildung zu investieren – beim Weltsozialforum in Dakar trafen sich Aktivisten aus dem schwarzen Kontinent mit Globalisierungskritikern.

Von JEANETTE GODDAR, Journalistin in Berlin











an darf überrascht sein. Es ist der dritte Tag des Weltsozialforums; jenes Treffens, das alle zwei Jahre den weniger Mächtigen dieser Welt eine Stimme verleihen will. Zehntausende Gewerkschafter, Globalisierungskritiker und Aktivisten aus der ganzen Welt hocken an der größten Universität des Senegal zusammen. In Zelten und Fluren, in Sälen und an Ständen debattieren sie darüber, wie sie denn nun werden soll – die andere, bessere, gerechtere Welt. Und so ein Treffen wird gestört?

Ja. 50 junge Männer, fast noch Jugendliche, sind aus den Dörfern rund um Dakar angereist, und tun ihren Unmut kund. Freundlich und doch offensiv platzen sie einen ganzen Tag lang in jede Debatte über Armut und Abhängigkeit, Recht und Unrecht, Rohstoffe und Ressourcen. Jedem, der gekommen ist, wollen sie zurufen: WIR SIND DIE RESSOURCEN! KÜMMERT EUCH! Sie tragen Transparente und fordern einen Studienplatz. Was ist passiert? Diesen Söhnen aus Bauernfamilien ist es geglückt, sich durch das marode Bildungssystem des Senegal bis zum Abitur zu kämpfen. Und nun gibt es an keiner der nur fünf Universitäten in dem Zehn-Millionen-Einwohner-Land einen Studienplatz.

WELTSOZIALFORUM TRIFFT WIRKLICHKEIT\_ Die Jungen sind die potenzielle Mittelschicht von morgen; in einem Land, in dem nicht einmal jeder zweite die Grundschule beendet. Es ist ihnen geglückt, in Klassen mit mehr als hundert Schülern, unterrichtet von nicht oder kaum ausgebildeten Lehrern etwas zu lernen. In Schulen, an denen es vermutlich an Tischen und Stühlen fehlte, sicher aber an Material, das die Welt einmal aus ihrer Sicht darstellt. Bis heute werden die Schulbücher von Franzosen – also von den ehemaligen Kolonialherren – geschrieben. Robespierre statt Mandela, Paris statt Dakar! Und nun wird ihnen der Aufstieg und damit der Ausweg aus der Armut und damit die Zukunft verbaut. Und natürlich kommt man im Senegal, an diesem westlichsten Zipfel Westafrikas, von wo lange jede Nacht völlig überladene Fischerboote ihre lebensgefährliche Überfahrt Richtung Kanaren antraten (so lange bis die EU-Grenzschutztruppe Frontex dem ein Ende bereitete), nicht umhin zu denken: Wohin brecht ihr auf, wenn dieses Land euch keine Perspektive bietet?

Das Aufeinandertreffen mit der Wirklichkeit derer, die unsere immer vernetztere Welt aus dem Süden betrachten, zeichnete das diesjährige Welttreffen der Globalisierungskritik mehr als je aus. Afrikanerinnen und Afrikaner aus mehr als 45 Staaten demonstrierten machtvoll die Stärke einer globalisierungskritischen Bewegung, die in Europa bis heute nicht wahrgenommen wird – und zwar nicht nur, weil ihnen für die Teilnahme an der Debatte das Geld fehlt und, wenn sie es haben, die Einreise verweigert wird. Sondern weil sich bis heute nicht herumgesprochen hat, dass Afrika voller Experten ist – Ex-



BILDUNTERSCHRIFT:
Dolore ming eliquatuero
od etuero delese exeros
exero do odoless equat.
Igna facilit wisit wisl eliquat. Ut augait wismodiamet, commy non ullum
nulla acinibh eugiamcommod dolenim ea

**HEADLINE???** 

## Weltsozialforum

Anfang Februar versammelten sich mehrere zehntausend Globalisierungskritiker im Senegal. Gegründet wurde das Weltsozialforum 2001 im brasilianischen Porto Alegre als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos. Deutschland trat in Dakar so schwach auf wie nie zuvor: mit 14 Organisationen - so viele wie aus dem krisengeschüttelten Haiti. Als einzige deutsche Gewerkschaft reiste die GEW mit zwölf Haupt- und Ehrenamtlichen nach Dakar. Der DGB war nicht vertreten. "Wir bedauern das sehr," kommentierte Manfred Brinkmann, im Hauptvorstand der GEW für Internationales zuständig, "das Weltsozialforum ist und bleibt ein wichtiges Forum für alle, die der herrschenden Wirtschafts- und Finanzordnung etwas entgegensetzwn wollen." Brinkmann kündigte an, den Einfluss der GEW in den Gremien des DGB zu nutzen, um sich für eine Wiederaufnahme der Teilnahme einzusetzen.







▶ perten zu Unterdrückung und Umweltverschmutzung, zu Kapitalismus und Klimawandel, zur Verletzung von Menschenrechten. Unfreiwillig, wie ein südafrikanischer Aktivist in einem einzigen Satz auf den Punkt brachte: "Wir sind das Schlachtfeld der ganzen Welt."

Besonders deutlich wird das – damals wie heute – wenn es um Rohstoffe geht. Alte wie neue Mächte holen heraus, was sie können. Ob aus Nigeria, von wo NGO-Aktivisten von dramatischer Unterdrückung und Umweltzerstörung durch die seit Jahrzehnten anhaltende Ausbeutung durch Öl-Multis berichteten oder Angola, wo die Bevölkerung das rasant steigende Bruttosozialprodukt nur in Form ständig steigender Korruption mitbekommt: Afrikanische Aktive berichteten Dramatisches – von brennenden Feldern und vergifteter Umwelt, aber auch von Wahlen, die immer der gewinnt, der der

Bevölkerung den meisten Zucker gibt – häufig im Wortsinne: Grundnahrungsmittel sind erprobte und erfolgreiche Wahlkampf-Geschenke.

DIE NEUEN HERREN AUS CHINA?\_ Für Kontroversen sorgte das massive Engagement Chinas in Afrika. Längst nicht immer werden sie, wie einst die Europäer, als neue Herren empfunden. Auch kritische Menschen empfinden sie häufig geradezu als Befreier; nach Jahrhunderten der Kolonialisierung und Jahrzehnten

starrer Korsette durch die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds. Immer wieder hieß es auch in Dakar, China vergäbe Kredite und baute Straßen ohne Vorbedingungen – ganz anders als alle anderen zuvor. Hier hielt der Kenianer Vitalice Meja vom panafrikanischen Netzwerk "Reality of Aid" dagegen: "Auch China tut nichts ohne zuerst an sich zu denken: Jede Straße, die von Chinesen gebaut wird, ist zuallererst für den Transport von Rohstoffen – und nicht für Menschen."

LANDRAUB\_ Exportiert, das wurde auch überdeutlich, wird längst auch der Rohstoff, auf dem die Menschen leben. Immer mehr afrikanische Länder verkaufen oder verpachten Hunderttausende Quadratkilometer an andere Staaten oder Konzerne – für den Anbau von Nahrung, Zugang zu Wasser oder schlicht zu Spekulationszwecken. Die Bevölkerung hat nichts davon. Der malische Agrarexperte Mamadou Goita rechnete die dramatischen Folgen des so genannten "Land Grabbing" für sein Land vor: Zwei von drei malischen Familien im Norden – den sich ausgerechnet Libyen zu weiten Teilen einverleibt hat – hätten zu wenig Grund, um sich und ihre Kinder zu ernähren. "Die Regierung verdient Geld," konstatierte Goita "und die Menschen müssen Essen kaufen – von Geld, das sie nicht haben."

"Der Kampf um Rohstoffe ist einer der härtesten überhaupt. Und überall läuft er nach dem gleichen Muster ab." Der das sagte, war einer der wenigen Deutschen, die den Weg nach Dakar gefunden hatten – Sven Giegold, einst Deutschlands bekanntester Globalisierungskritiker und heute für die Grünen im Europaparlament. Giegold empfiehlt eine doppelte Strategie: Den Kampf um Landrechte und um das Recht auf Nahrung vor Ort zu führen – aber auch im Westen "Druck gegen illegitime Praktiken westlicher Konzerne und die Handelspolitik der EU zu machen."

Wie satt auch im subsaharischen Afrika viele Menschen ihre Herrscher haben, wurde – sicher befeuert durch den zeitgleichen Umsturz in Ägypten – überdeutlich. Eindrücklich erlebte die Unzufriedenheit mit den Regierungen, die vielfach wie in den arabischen Ländern seit Jahrzehnten gleichsam in Familienbesitz sind, die GEW, die als einzige deutsche Gewerkschaft in Dakar vertreten war. Unter dem Titel "Bildung für Alle" machte sie einen Workshop zur "Globalen Bildungskampagne", deren Ziel lautet: 2015 soll jedes Kind auf der Erde eine Primarschulbildung haben.

Bei der anschließenden Diskussion der GEWler mit afrikanischen Lehrergewerkschaftern aus mehr als zehn

"Wir brauchen nicht in erster Linie Fahrräder für den Schulweg oder Mittagessen in der Schule. Wir brauchen den Kampf für mehr Demokratie!"

SAMUEL NGOUANKEN

Ländern stellte sich vor allem heraus: Die machen nicht zuallererst die fehlende westliche Unterstützung - so bringt immer noch kaum ein Staat die für 2015 versprochenen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungsghilfe auf - verantwortlich. Sondern: ihre eigenen Regierungen. "Das größte Problem sind unsere Staatschefs," konstatierte der Vorsitzende der GEW-Partnergewerkschaft Synter aus Burkina Faso, Mamadou Barro. Reihenweise monierten die Lehrer, ihre Regierungschefs kauften lieber Flugzeuge für sich selbst als dass sie Bildung für alle' finanzieren. Samuel Ngouanken, der im ghanaischen Accra die weltweite Gewerkschaft Education International vertritt, forderte, sich um eine fundamentale Änderung der Verhältnisse zu bemühen: "Wir brauchen nicht in erster Linie Fahrräder für den Schulweg oder Mittagessen in der Schule. Wir brauchen den Kampf für mehr Demokratie!"

Paolino Tipo, ein Aktivist aus dem gerade erst gegründeten Süd-Sudan ging noch weiter: All die Fortschritte, die Bildung bringen könne – von gesünderen Menschen über mehr Einkommen bis zu einem höheren Entwicklungsstand eines Landes – seien Regierungen gar nicht wichtig. m Gegenteil: Die wüssten nämlich, dass sich auf ungebildete Menschen viel leichter Druck ausüben lässt. Da, so Tipo, brauche man auf jeden Fall die Hilfe der internationalen Gemeinschaft: "Helft uns, Gegendruck aufzubauen!"